Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1589. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 249. **Mittwoch, 24. Oktober 1923, abends.** **76. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 20. bis 26. Oktbr. 600 Millionen Mk. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 120 Mk.; die 89 mm breite Reklamezeile 400 Mk.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59**

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa. **Schlüsselzahl: 12 Millionen.**

Dr. Zeigner gegen die Reichsregierung.

Sächsischer Landtag.

(lk. Dresden, 23. Oktober 1923.

Nach Eröffnung der Sitzung wird ein Schreiben des sozialdemokratischen Abg. Pudor-Leipzig verlesen, durch das dieser mitteilt, daß er wegen der täglich schwieriger sich gestaltenden wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen sei, sein **Mandat als Landtagsabgeordneter niederzulegen.** Hierauf schlägt Präsident Winkler vor, die **Sitzung auf eine Stunde zu vertagen,** um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu dem Anleihegesetz Stellung zu nehmen, das heute noch ohne Begründung und Aussprache an den Finanzausschuß A überwiesen werden soll. Der Vertagungsantrag wird angenommen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilt der Präsident mit, daß die Vorlage, betreffend das **Anleihegesetz** auf Beschluß der Fraktionen dem Finanzausschuß überwiesen werden soll. Durch das neue Anleihegesetz soll das Finanzministerium ermächtigt werden, zum Ausbau der werbenden Betriebe des Staates, insbesondere zum Ausbau der staatlichen Kohlen- und Elektrizitätsunternehmungen, zum Ausbau staatlicher Anstalten und Gebäude, sowie zur sofortigen Durchführung von staatlichen Notstandsmaßnahmen die **Bestände der Landeshauptkasse um weitere 50 Millionen Goldmark** durch Aufnahme einer oder mehrerer verzinslicher Anleihen in dem zur Beschaffung dieser Summe erforderlichen Nennbetrage **zu verstärken.** Wird die Verpflichtung in den auszugebenden Schuldverschreibungen nicht in Goldmark, sondern in Papiermark, in ausländischer Währung oder in Sachwerten ausgedrückt, so gilt der vorgenannte Höchstbetrag zur Zeit der Ausgabe der Anleihe.

Hierauf gibt

Ministerpräsident Dr. Zeigner

eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt: Am 18. Oktober hatte ich im Namen der sächsischen Regierung Stellung genommen zu der Entwicklung, die der **Ausnahmezustand in Sachsen** genommen hat. Der **Wehrkreiskommandeur** hat mir darauf am 18. Oktober das in der Presse veröffentlichte Schreiben gesandt und in einem weiteren Schreiben vom gleichen Tage erklärt, daß er nichts unterlassen werde, was zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit der Wirtschaft erforderlich sei. Am Sonnabend vormittag ist mir aus Berlin ein Schreiben zugegangen, in welchem mir versichert wurde, die Verlegung der Reichswehrtruppen nach Sachsen habe den Zweck, Sachsen vor einem etwaigen Einmarsch bayerischer Verbände zu schützen Es handle sich nicht um Maßnahmen gegen Sachsen, und Sachsen möge diese Maßnahme nicht als einen feindlichen Akt betrachten. Wenige Stunden danach erhielt ich vom Wehrkreiskommandeur einen Brief, der schon in der Presse veröffentlicht worden ist, und bald darauf wurde der **Aufruf an die Bevölkerung** verbreitet. Was soll man zu den Erklärungen in diesem Aufrufe sagen. Wie kann ein Mensch ernsthaft behaupten, die Notexzesse seien erfolgt in der Absicht, das wirtschaftliche Chaos herbeizuführen. Es wird gesprochen von Versuchen, gewaltsam die Vorherrschaft einer Klasse zu erreichen. Ein solcher Aufruf scheint mir nicht geeignet, zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande beizutragen. Wir sehen in dem **Truppeneinmarsch die unbestreitbare Vorherrschaft einer schmalen Schicht des Großkapitals in Landwirtschaft und Finanz.** Diese Diktatur bekämpfen wir, aber nicht, um eine andere Diktatur zu errichten, sondern die Verfassung frei auszugestalten. Der tiefe Unterschied zwischen der Berliner Erklärung (Zuruf: Von wem ist sie?) und dem Schreiben des Wehrkreiskommandeurs läßt sich nicht bestreiten. Nur eine dieser Erklärungen kann wahr sein. Mit tiefer Bitterkeit muß ich feststellen, daß Berliner Stellen uns bewußt oder unbewußt unrichtige Auskunft gegeben haben über Maßnahmen, die unsere sächsischen Verhältnisse auf das schwerste beeinträchtigen. Das Vertrauensverhältnis zwischen Reich und Land muß durch solche Vorgänge schwer erschüttert werden. Mit Sorge sehen wir, daß das Reich rücksichtslos und oft ohne den erforderlichen guten Willen über unsere Lebensinteressen, unsere politische Eigenart und über uns verfassungsmäßig verbriefte Rechte hinweggeht. Kein Staat kann mehr getan haben in der Treue zur Verfassung als Sachsen. (Gelächter rechts.) Ich muß aber feststellen, daß anscheinend in Berlin nur der Gehör und Achtung genießt, der sich über die Verfassung hinwegsetzt. (Abg. Dr. Schneider: Das verdient einen Ordnungsruf. Großer Lärm im ganzen Hause.) Was ist der **Zweck dieser Maßnahme,** die die sächsische Bevölkerung auf das tiefste erregt und uns immer mehr dem Bürgerkriege nähert? **Wir stehen vor ungeheuren Schwierigkeiten.** In dieser Situation ist es unverantwortlich, durch Aufrufe wie die **des Generals Müller** die Nervosität zu steigern. Es bedarf nur der unverantwortlichen Tat eines einzelnen, und das ganze Land steht in Flammen. Die sächsische Regierung ist die Regierung der republikanischen und demokratischen Verteidigung. Wir erwarten von diesen Kreisen, daß sie entschlossen hinter uns stehen. **Denn** hier in Sachsen wird in diesen Wochen die Frage entschieden, ob die deutsche Republik zu einer Farce werden soll, oder ob sie leben und sich entwickeln kann. An die sächsische Bevölkerung richte ich die dringende Mahnung: Vermehren Sie nicht die Leiden unseres Landes durch Unbesonnenheiten. **Sorgen wir dafür, daß die Reichswehr keinen Anlaß zum Einschreiten findet.** Entsagen und eiserne Selbstdisziplin wird von der sächsischen Bevölkerung verlangt, nur weil sich hier die proletarischen Kräfte geeinigt haben und weil wir nach wie vor das **Bollwerk der Republik im Reiche sind und bleiben werden.**

Abg. Dr. Schneider (DVP.): Mir kam der Wortlaut der Erklärung so vor, als ob in Berlin nur derjenige Gehör finde, der sich über die Verfassung hinwegsetzt. Ich frage, ob gegen einen solchen Vorwurf, der gegen die Reichsregierung erhoben wird, nicht die Mittel der Geschäftsordnung angewandt werden können.

Abg. Dr. Schneider fragte den Präsidenten, ob gegen einen solchen Vorwurf gegenüber dem Reiche nicht die geschäftsordnungsmäßigen Mittel angewendet werden könnten.

Präsident Winkler sagte Nachprüfung dieser Frage zu.

Abg. Stewert (Kom.) gab eine Erklärung seiner Partei mit scharfen Angriffen gegen die Reichs- und bayerische Regierung ab, die, wie der Präsident feststellte, eine andere war, als sie dem Landtagsvorstande zur vorherigen Einsichtnahme vorgelegt worden war.

Die Erklärung der Regierung soll am nächsten Donnerstag besprochen werden.

Dann wurde die Vorlage über die **Auseinandersetzung zwischen dem Freistaate Sachsen und dem vormaligen Königshause** beraten und schließlich an den Rechtsausschuß verwiesen.

Es folgt die Beratung über den Antrag Dr. Kaiser, Blüher und Genossen über die

Versorgung der Bevölkerung mit Brot, Kartoffeln usw.

Abg. **Blüher** (DVP.) begründet den Antrag. Er verliest unter großer Heiterkeit des Hauses einen ihm zugegangenen Brief, unterzeichnet „Die schwarze Hand". Redner bittet, aus dem Inhalt des Briefes zu entnehmen, daß die Bevölkerung sich für die parteipolitischen Fragen weniger interessiere, als für die drei Fragen: **Minderung der Arbeitslosigkeit, Behebung der Lebensmittel- und Kohlennot.** Wir kommen nicht eher zur Ordnung, bis Frankreich sein wahnsinniges Treiben aufgegeben hat. Bis unsere Beamten, Angestellten und Arbeiter ihre Bezüge in Gold- oder Rentenmark erhalten. Es ist die dringendste Aufgabe der Regierung, in Berlin vorstellig zu werden, daß die **Ausgabe der Renten- oder Goldmark mit allen Mitteln beschleunigt** wird. Die Politik der sächsischen Regierung berücksichtigt nicht, daß Sachsen Zuschußland ist, daß wir von anderen Ländern abhängig sind. Man treibt hier eine Politik, als wenn wir uns um niemanden zu kümmern brauchten, als wenn das Reich uns zu gehorchen hätte. Wenn Minister Böttcher Behauptungen gegen das Reich aufstellt, die nicht wahr sind, dann leidet nicht der Finanzminister darunter, sondern unsere Bevölkerung. (Sehr richtig! rechts. Großer Lärm links.) Redner wendet sich dann **gegen die sächsische Stillegungsverordnung.** Vor allem müsse die Textilindustrie mit größeren Aufträgen versehen werden, um Kleidung und Wäsche für die minderbemittelte Bevölkerung zu beschaffen. Die großstädtische Lebensmittelversorgung dürfe nicht durch derartige Unklugheiten, wie es die **Plünderung von Brotwagen** sei, gestört werden. Der Staat sollte **verbilligte Briketts** aus den staatlichen Werken abgeben, ebenso **Holz.**

Abg. Dr. Schneider (DVP.) begründet seinen Antrag betr. **Verminderung der Arbeitslosigkeit** durch Gewährung von Exportkrediten. Die Anspannung des Kredits sei das große Allheilmittel, um aus wirtschaftlichen Krisen herauszukommen.

Wirtschaftsminister Heckert rechtfertigt dem Abg. Blüher gegenüber die Regierungspolitik. Die anderen Länder müßten auch Rücksicht auf Sachsen nehmen.

Hierauf findet abends nach 7 Uhr ein **Vertagungsantrag** Annahme. Die Aussprache soll Donnerstag fortgesetzt werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 25. Oktober, vormittags 11 Uhr: Einige Vorlagen, Fortsetzung der heute abgebrochenen Aussprache und Aussprache über die heutige Regierungserklärung.

Die Putschbewegung im Rheinland mißglückt.

Wie aus Frankfurt am Main zusammenfassend berichtet wird, ist der **separatistische Gewaltstreich am Mittelrhein** nach einigen anfänglichen Erfolgen **überall mißglückt.** In **Wiesbaden sind die Sonderbündler** aus allen öffentlichen Gebäuden mit Ausschluß des Rathauses, nach kurzer Anwesenheit **wieder verschwunden.** Die Führer sämtlicher Parteien sind wegen des Putsches bei dem französischen Kommandanten vorstellig geworden und haben den Eindruck gewonnen, daß die Franzosen nach einer Möglichkeit suchen, um aus der unangenehmen Situation herauszukommen.

)(Aachen. Ein **Gegendemonstration der Bevölkerung gegen die Separatisten** setzte Montag abend ein. Gestern morgen gegen 10 Uhr bewegte sich eine unübersehbare Menschenmenge durch das Zentrum der Stadt. Man holte die Separatistenflagge auf dem Gebäude der Reichsbank und der Bank von Micheels herunter. Die Sonderbündler setzten zum Gegenangriff ein, durchfuhren in Autos die Straßen und schossen auf die Bevölkerung, die ihren Kugeln wehrlos ausgesetzt war. Bis 11 Uhr zählte man etwa **25 verwundete Zivilisten.** Dann rückte die Schupo, der man aber verboten hatte, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, auf Befehl der Belgier zur Aufrechterhaltung der Ordnung heran. **Die Post ist von den Sonderbündlern wieder frei.** Dem Führer der Sonderbündler, Möbelhändler Mülleneisen, hat die erregte Bevölkerung sein ganzes Möbellager auf die Straße geworfen.

)(München-Gladbach. Hier wurde gestern die **eintägige Herrschaft der Sonderbündler** von der Volksmenge **wieder gestürzt.** Die Menge stürmte das Rathaus, holte unter allgemeiner Begeisterung die rot-weiß-grüne Flagge herunter und hißte die Stadtflagge. Der ehemalige Gewerkschaftssekretär Schönknecht, der sich die Gewalt als angeblicher politischer Kommissar angeeignet hatte, wurde im Rathause überrascht, von der Menge in den Hof hinuntergeschleift und arg verprügelt. Das gleiche Schicksal ereilte auch die übrigen im Rathaus anwesenden Sonderbündler. Darauf begab sich die Volksmenge zum Hauptquartier der Sonderbündler. Letztere feuerten zunächst auf die Menge. Als sie aber dann von allen Seiten eingeschlossen waren, versuchten sie über die Dächer zu flüchten, was auch teilweise gelang. Einige wurden von der Menge gefaßt und verprügelt. Die Menge drang dann in das Hauptquartier der Sonderbündler, das sich in einem Restaurant befand, zertrümmerte das Mobiliar und warf es auf die Straße. Das Rathaus wurde von der Polizei wieder in Besitz genommen. Augenblicklich bewegt sich eine ungeheure Menschenmenge durch die Hauptstraßen. Die belgische Besatzung verhält sich neutral. Die Zeitungen sind wieder erschienen.

)(Köln. In Koblenz ist es gelungen, die **Sonderbündler wieder aus dem Regierungsgebäude zu vertreiben.** Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist auch Rheidt von Sonderbündlern wieder frei. Bei den Kämpfen wurden **mehrere Personen getötet,** darunter der separatistische Bürgermeister von München-Gladbach. In Düren ist die Lage noch unverändert. Die öffentlichen Gebäude befinden sich noch in der Gewalt der Sonderbündler.

)(Jülich. **Die Herrschaft der Sonderbündler** hat hier **ein rasches Ende gefunden.** Auf mehreren Lastautos waren die Stoßtrupps in den ersten Morgenstunden von auswärts eingetroffen und hatten das Rathaus und die öffentlichen Gebäude besetzt. Die Behörden teilten dem Führer der Sonderbündler, einem Weinhändler aus Aachen, mit, daß sie nicht arbeiten würden, solange Sonderbündler sich in den öffentlichen Gebäuden aufhielten. Der Führer, der seine Leute, meist sehr fragwürdige Gestalten, schon gegen Mittag nicht mehr in der Hand hatte, ließ darauf den größten Teil wieder abfahren. Ein anderer Führer der Sonderbündler riß darauf die Herrschaft auf dem Rathause an sich. Als er gegen den Bürgermeister den Revolver zog, stürmte die vor dem Rathaus wartende Menge das Gebäude, **stürzte sich auf die Sonderbündler und schlug sie blutig zur Stadt hinaus.** Mehrere Sonderbündler, die auf die Menge geschossen hatten, wurden festgenommen und in das Polizeigefängnis eingeliefert. Darauf zog die Menge in die Wohnungen zweier örtlicher Sonderbündler, zertrümmerte Schaufenster und mißhandelte die Inhaber schwer. Nur dem energischen Eingreifen der Polizei verdanken die in das Krankenhaus Eingelieferten das Leben. Die Besatzungsbehörden haben für drei Tage die Straßensperre von 7 Uhr abends ab verhängt.

)(Mainz. Die **Franzosen haben gestern nachmittag den Sicherheitsdienst übernommen.** Das französische Militär steht in starker Alarmbereitschaft.

)(Duisburg. Gestern nachmittag wurde von den Sonderbündlern, die in Stärke von etwa 1000 Mann in die Stadt eingerückt waren, vor dem Rathaus die **Rheinische Republik ausgerufen.** Die Stadtverwaltung, die rechtzeitig alle Vorbereitungen zur Abwehr getroffen hatte, erhielt von dem französischen General Beaurin ein Schreiben des Inhalts, daß die Polizei nicht einschreiten dürfe. Die **blaue und grüne Polizei wurde entwaffnet** und ist in ihren Unterkunftsräumen interniert.

•

Eine englische Stimme zu den Vorgängen in Deutschland.

Westminster Gazette schreibt zu den Vorgängen in Deutschland: **Es sei klar,** daß, wenn die augenblicklichen Verhältnisse, **eine unvermeidliche Folge der Politik Frankreichs,** in Deutschland fortdauern sollten, chaotische Unruhen unvermeidlich wären. Jeden Augenblick könnten die Engländer Entwicklungen gegenüberstehen, die eine rasche und entscheidende Aktion der britischen Regierung notwendig machen, denn, obwohl die Verantwortung für die **Ereignisse im Ruhrgebiet in der Hauptsache auf Poincaré falle,** könne die **britische Regierung ihren Anteil** an dieser Verantwortlichkeit **nicht abweisen.** Sie habe gewußt, daß Schwierigkeiten bevorstehen und sei passiv geblieben. Ihr Widerstand gegen die Politik Frankreichs habe nur in Worten bestanden. Dieser Punkt sei vielleicht von großer unmittelbarer Bedeutung, da ihre Truppen Köln besetzt halten, das sie als eine der Garantiemächte des Versailler Vertrages innehabe. Wenn der Aufstand gegen Berlin im Rheinland Wurzel fasse und sich ausbreitete, würde die **Stellung der Engländer** in ihrer eigenen Zone, die einen Teil des Rheinlandes bilde, **fast unvermeidlich schwierig bis zur Unhaltbarkeit** werden. Jetzt ständen die Engländer infolge der Loslösungsbewegung, die die Franzosen ermutigt und erleichtert hätten, und die daher unmöglich als spontan angesehen werden könne, unmittelbaren Schwierigkeiten gegenüber. **England könne diese Bewegung nicht unterstützen** oder anerkennen oder irgendwelche Verantwortung für die Loslösung von gewissen Teilen Deutschlands übernehmen, die im wesentlichen deutsch seien. Sollten aber die Engländer andererseits Köln nicht länger als ein deutsches Pfand, sondern für Deutschland halten? Dies würde eine seltsame Form der zweideutigen Politik sein, die bisher von britischer Seite befolgt wurde. Diese Zweideutigkeit könne nicht länger aufrechterhalten werden. **Die Regierung müsse eine eigene unabhängige Politik verfolgen**

SLUB
Wir führen Wissen.